

# Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Remeler Str. 8/9  
Fernsprecher: Köpenick 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung  
erscheint jeden Freitag  
Telegraphenadresse: Textilarbeiter Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D. 24  
Remeler Straße 8/9 (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezugs-  
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.  
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreizehnpaltige Seite.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

**Inhalt:** Berufsorganisation oder Industrieverbände. — Die Wirtschaft als Gesamtprozess (I). — Die Vereinigten Arbeitgeberverbände fördern die gelben Werkvereine. — Eine Tagung der Beitragsläsiger aus dem Gau Gera und den benachbarten sächsischen Ortsgruppen. — Aus der Textilarbeiterbewegung. — Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. — Wirtschaft. — Um das Washingtoner Arbeitszeitabkommen. — Frauen-, Jugend- und Betriebsrateteil. — Berichte aus Fachkreisen. — Eingegangene Bücher. — Anzeigen.

## Berufsorganisation oder Industrieverbände

Der Leipziger Gewerkschaftskongress vom Jahre 1922 entschied sich nach einem Referat des Genossen Tarnow-Berlin und einem Korreferat des Genossen Dörmann-Stuttgart mit großer Mehrheit für die von Genossen Dörmann vorgelegte Resolution, die an Stelle der Berufsorganisationen Industrieverbände fordert. Durch die Resolution Dörmann beauftragte der Kongress den Vorstand und Ausschuss des ADGB, „in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht“. Der Vorstand und Ausschuss des ADGB übertrug diese Aufgabe einer besonderen Kommission. Es sind beinahe drei Jahre verlossen und die dem ADGB übertragene Aufgabe hat noch nicht ihre Erledigung gefunden. Die Jahre nach dem Leipziger Gewerkschaftskongress waren für die Gewerkschaftsorganisationen besonders ereignisreich. Alle Kräfte der Gewerkschaftsorganisationen muhten über Gebühr angespannt werden, um eine Fülle anderer Aufgaben zu erledigen, weil durch die Zeitergebnisse des Lebens- und Existenzbedingungen der Gewerkschaften stark bedroht waren. Man kann deshalb verstehen, wenn die dem ADGB übertragene Arbeit noch ihrer Erledigung harret. Dann darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Durchführung der Resolution Dörmann auf vielerlei Schwierigkeiten gestoßen ist, und man darf dem Genossen Tarnow wohl Glauben schenken, wenn er in seiner Broschüre „das Organisationsproblem im ADGB“ sagte, „daß die Schwierigkeiten nicht geringer, sondern eher noch größer sind, als in Leipzig von irgend jemand angenommen wurde“. Daß es so kommen würde, konnte man bereits nach den Erklärungen der Vertreter derjenigen Verbände, die auf dem Leipziger Kongress gegen die Resolution Dörmann gestimmt haben, mit Bestimmtheit voraussehen. Genosse Brey vom Fabrikarbeiterverband erklärte, die Resolution Dörmann sei Sprengpulver und er drohte mit dem Austritt seiner Organisation aus dem ADGB, wenn dieselbe zur Durchführung gelangen sollte. Unter solchen Umständen ist es leicht verständlich, daß allerlei Schwierigkeiten sich aufstürmten gegen die Durchführung des Problems der Industrieverbände. Denn wo der Wille fehlt, wird auch der beste Weg ungangbar. Dabei ist aber auch von den Befürwortern der Industrieverbände zu beachten, daß durch die historische Entwicklung der Organisationen und der in diesen geschaffenen Einrichtungen, an denen die Mitglieder mit Liebe hängen, für die Organisationsangehörigen ein wichtiges Bindeglied darstellen. Das historische Gewordene läßt sich nicht durch die Annahme von Resolutionen ohne weiteres beiseite stellen. Tausende der Mitglieder erkennen in der Organisation ein groß Teil ihrer Arbeit, sie sind mit ihr auf das innigste verwachsen und verbunden. Es ist ferner zu beachten, daß die Berufssolidarität das eigentliche Fundament und der Träger der Organisation war. Auf der beruflichen Zusammengehörigkeit und Verbundenheit wurde der Solidaritätsgedanke gefördert, der den Gewerkschaften den großen Zug gegeben hat. Es steht außer allem Zweifel, daß die berufliche Solidarität den Organisationen stärksten Halt gab. Das Zusammengehörigkeits- und Solidaritätsgefühl ist im Laufe einer jahrhundertalten Geschichte gewachsen und gefördert worden. Diese Berufssolidarität ohne weiteres auf die Industrieverbände zu übertragen, scheint uns in der Gegenwart doch ein zu vermessener Gedanke zu sein. Aber ohne das Sich-verbunden-fühlen aller in derselben Organisation vorhandenen Berufe und Gruppen ist ein erfolgreiches Wirken einer Organisation nicht denkbar.

Uns haftet die ganze Entwicklung der bisherigen Organisationsform noch viel zu stark an. Der Kongress von Halberstadt 1882 sagt in einer Entschließung:

„Der Kongress erklärt, daß in allen denjenigen Berufsgruppen, wo die Verhältnisse einen Industrieverband zulassen, dieser vorzuziehen ist, daß jedoch in allen denjenigen Berufsgruppen, wo infolge der großen Verschiedenheit der Verhältnisse die Vereinigung in einem Industrieverband nicht durchführbar ist, durch Bildung von Unionen diese Möglichkeit herbeigeführt werden soll.“

Damals war mit wenig Ausnahmen die Berufsorganisation das Gegebene. Gewiß haben sich auch damals bereits Industrieverbände gebildet. Der Textilarbeiterverband ist seit seinem Bestehen Industrieverband. Die Mehrzahl der Organisationen baut sich auf dem Berufe auf. Der berufliche Solidaritätsgedanke war damals schon stark ausgeprägt und war der stärkste Hebel für die Förderung der Gewerkschaften. Lieber den Beruf hinaus aber war das Solidaritätsgefühl leider nur schwach entwickelt. Dies geht auch daraus hervor, daß Organisationen sich in erster Linie an die Facharbeiter wendeten, um diese für die Organisation zu gewinnen. Erst die fortschreitende Industrialisierung mußte hier Wandel schaffen. Das Heer der Hilfsarbeiter und der Ungelernten wurde immer größer, Frauen und Mädchen wurden in immer stärkerer Weise in die Industrie hineingezwängt. Dieser Entwicklung mußte auch die Berufsorganisation Rechnung tragen, wenn ihre Tätigkeit von Erfolg begleitet sein sollte. Sie mußte notgedrungen die Ungelernten für die Organisation zu gewinnen suchen! Während dieser Zeit hat die Entwicklung nicht stillgestanden und nach dem Krieg hat eine ungeheure Umwälzung in der kapitalistischen Welt stattgefunden. In den einzelnen Betrieben sind gegenwärtig eine ganze Anzahl

Berufe vertreten. Die Industrie ist in Konzernen und Trusts in horizontaler wie vertikaler Richtung zusammengeschlossen. Es bleibt unbestritten, daß durch diese gewaltige kapitalistische Konzentration die Berufsorganisation in vielfacher Weise gehemmt wird, mit Erfolg die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen zu können und wirtschaftlich sowie machtpolitisch gedacht erfordern diese gewaltigen kapitalistischen Organisationsgebilde die Betriebs- und Industrieverbände. Dörmann hat in Leipzig darauf verwiesen, welche Schwierigkeiten dadurch erwachsen, daß in einem Betrieb eine ganze Reihe von Organisationen bei den Tarifabschlüssen mit tätig sind. Wie lähmend die Streiks einzelner Berufsgruppen in diesen Betrieben auf die übrigen Organisationen, die im Betrieb vertreten sind, sich auswirken müssen. Kurz, die ganze Entwicklung erheischt, daß man endlich von der Berufsorganisation zum Betriebs- und Industrieverband kommt. Die Entwicklung der Organisationen nach Leipzig hat ja ebenfalls zu einer Reihe von Zusammenschlüssen verschiedener Organisationen geführt. Wenn dabei auch nicht die Linie so folgerichtig eingehalten worden ist, die zum Betriebs- und Industrieverband ausläuft, so ist aber doch der Zusammenschluß zu höherer Einheit gegeben und diese Zusammenschlüsse waren alle ein Produkt der Not. Dieses zeigt ohne weiteres, daß sich der Gedanke der Industrieverbände durchsetzt. Wir halten es aber für verfehlt, durch die Annahme von Resolutionen den Zusammenschluß erzwingen zu wollen. Denn dort, wo der Wille fehlt, wird man durch Zwang nicht das erreichen können, was die Zeit gebieterisch fordert. Es ist ganz klar, daß wenn in den einzelnen Organisationen nicht der Gedanke des Industrieverbandes gefördert wird, daß dann das konservative Festhalten am Alten seitens der Mitglieder nicht zu verwundern ist. Die Arbeiterschaft hat aber doch allen Grund, den Solidaritätsgedanken über den Beruf hinaus in stärkerer Weise zu fördern als wie das bisher geschehen ist. Geschieht dies, dann würde eine Verständigung über diese schwerwiegende Frage um so leichter zu erreichen sein. Hoffen wir, daß der Breslauer Kongress einen Weg findet, auf dem ein Ausgleich der Meinungsdivergenzen über die Organisationsform möglich ist.

## Die Wirtschaft als Gesamtprozess.

Von Paul Kampffmeyer.

I.

Der erste Band des Marxschen „Kapital“ ist vielfach popularisiert, und seine theoretischen Grundanschauungen sind durch eingehende Erörterungen größeren Volkskreisen geläufig geworden. Der zweite und der dritte Band des „Kapital“ sind aber diesen Kreisen durchweg ein Buch mit Siegel und Siegel geblieben. Daher begrüßen wir freudig das Erscheinen der Arbeit Karl Renners: „Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“, die die grundlegenden Gedanken von Karl Marx über das kapitalistische Wirtschaftssystem populär darzustellen versucht.

Karl Renner setzt eine gewisse Kenntnis des ersten Bandes der Marxschen Kapitalkritik voraus. Der Reichtum der Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise erscheint bei Marx als eine ungeheure Warenansammlung. Die Waren werden von Privatkapitalisten unter geschärfter Wahrnehmung ihrer Profitinteressen für die Sättigung gesellschaftlicher Bedürfnisse hergestellt. In dem Austausch mit Geld haben sich die produzierten Waren als gesellschaftlich notwendig zu erweisen. Leben die Menschen im Sklaraffenland, stößen ihnen alle Bedürfnisgegenstände arbeitslos zu, so würde sich der Warenmarkt überhaupt nicht entwickeln und der Begriff des Warenwertes würde den Menschen völlig fernbleiben. Erst weil der riesige Warenreichtum, ohne den wir heute nicht leben können, geschaffen werden muß, verbinden wir mit ihm gewisse Wertvorstellungen. Wenn heute bestimmte Waren keinen gesellschaftlichen Absatz finden, wenn sie kein gesellschaftliches Bedürfnis befriedigen, dann allerdings ist die auf sie verwandte Arbeit wertlos, dann sind diese Waren nicht gegen Geld umsetzbar. Lassen die Kapitalisten „ihre“ Arbeiter Waren mit Instrumenten erzeugen, die veraltet sind und technisch unter dem Durchschnitt stehen, so ist der Wert der in den Produkten verkörperten gesellschaftlichen Arbeit begrenzt. Nur die gesellschaftliche Arbeit ist in vollem Umfang Träger von Wert, die mit den durchschnittlich in der Gesellschaft vorhandenen Arbeitskräften und Arbeitsmitteln für gesellschaftliche Bedürfnisse produziert. Die Arbeitskräfte selbst dürfen bei dem Arbeitsprozess nicht unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt stehen, sonst vermindert sich ihre wertschöpfende Kraft.

Die gesellschaftlichen Arbeiter, die vielfach in großer Zahl in der Fabrik gemeinsam schaffen, müssen ihre Arbeitskräfte auf dem Markte verdingen. Sie bekommen beim Verkauf ihrer Arbeitskräfte im allgemeinen nur so viel Geld, nur einen so hohen Geldlohn, um sich dauernd auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Sie produzieren aber gesellschaftlich so viele Lebens- und Genußmittel, daß sie sich und ihre Familien nicht nur allein ernähren, sondern auch ganze Gruppen von Personen, die der Produktion ganz fernstehen. Das beweist schon ein Blick auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse der heutigen Gesellschaft. Die Tatsache nun, daß Nichtarbeiter von den Arbeitserzeugnissen anderer leben, stammt nicht erst von heute und morgen. Im Mittelalter tat sich z. B. ein adeliger Grundherr gut an den Erzeugnissen seiner hörigen Bauern. Diese lieferten Eier, Hühner, Getreide, Gespinnste direkt, ohne Bezahlung, an den adeligen Fronhof. Der Grundherr lebte von seinen Bauern; diese erzeugten Arbeitsprodukte, die weit ihren eigenen Unterhalt überschritten und von denen ihr Grundherr meist recht ausreichend zehren konnte. Im Mittelalter stellen also schon die gesellschaftlichen Arbeiter ein ihren Lebensunterhalt überschneidendes Arbeitsprodukt, ein Mehrprodukt her.

Das gesellschaftliche Mehrprodukt gelangt in der kapitalistischen Gesellschaft durchweg nicht direkt an seine eigentlichen Nutznießer und Verbraucher. Der frühere Grundherr ist zum Getreide- oder Viehproduzenten geworden, der nur einen Teil seines gesellschaftlichen Arbeitsprodukts selbst verzehrt und den übrigen auf den Markt zur Sättigung fremder, gesellschaftlicher Bedürfnisse bringt. Das gesellschaftliche Arbeitserzeugnis wird verkauft und erzielt einen Wert, der sich zunächst in einer Geldsumme ausdrückt, das Mehrprodukt setzt sich in Mehrwert um. Aus dem Grundherrn, dem die Spinn- und Webstoffe von seinen abhängigen hörigen Bauern geliefert

\*) Preis Ganzleinen 8.— Mk. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW 68.

wurden, ist ein kapitalistischer Textilfabrikant geworden, der abhängige lohnarbeitende Spinner und Weber beschäftigt. Das Produkt der gesellschaftlich schaffenden Arbeiter geht zu Markt und wird zur Ware. Ein bestimmter Wert, Preis wird für diese bezahlt. Bei dem Verkauf der Ware wird durchschnittlich nicht nur der Wert der Lebensmittel für die schaffenden Arbeiter erzielt, sondern auch der Mehrwert, von dem der Fabrikant lebt und aus dem er die Kosten für die Erweiterung der Produktion bestreitet. Jede kapitalistische Unternehmung muß Werte für diese Erweiterung der Produktion aufzuspeichern suchen. Der Stillstand würde sie gleichsam in Rückstand bringen, selbst jede direkte gesellschaftliche Produktion — eine indirekte gesellschaftliche Produktion haben wir heute schon — zwingt zur Aufspeicherung, Akkumulation von Werten im Interesse einer Steigerung der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung.

Wir haben die Entstehung des gesellschaftlichen Mehrwerts aus der gesellschaftlichen Produktion gesehen. Aus der Produktion erwächst das Mehrprodukt. In dem Umlauf, in der Zirkulation des gesellschaftlichen Produkts verwirklicht sich aber erst der Wert dieses Produkts und damit auch der Mehrwert.

Die Zirkulation des gesellschaftlichen Arbeitserzeugnisses und damit die tatsächliche Verwirklichung des Werts und Mehrwerts ist bisher in der sozialistischen Betrachtung der kapitalistischen Wirtschaft vielfach vernachlässigt worden — nicht von Marx, wohl aber oft von dessen Anhängern. In diese Lücke ökonomisch-sozialistischer Auseinandersetzungen springt nun das Buch Karl Renners: „Die Wirtschaft als Gesamtprozess und die Sozialisierung“ (Berlin 1925, J. H. W. Dietz Nachfolger) ein.

## Die Vereinigten Arbeitgeberverbände fördern die gelben Werkvereine.

In dem Geschäftsbericht der Vereinigten Arbeitgeberverbände wird kurz die Frage der „Wertgemeinschaft“, d. h. der „gelben Werkvereine“ aufgeworfen. Es heißt dort: „Die Stellungnahme zu diesem Problem dürfte die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Folgezeit noch sehr eingehend zu beschäftigen haben. Zurzeit kann nur das eine festgestellt werden, daß die Neubildung einer Zentralarbeitsgemeinschaft nicht an dem Gedanken der Wertgemeinschaft als einer der Grundlagen zentraler Arbeitsgemeinschaft vorübergehen kann, und daß die Förderung und Praxis auch diesem Gedanken freie Entfaltungsmöglichkeiten lassen müssen.“

Nachdem die Frage nur ganz „sekundär“ in dem Bericht erwähnt wurde, konnte man doch schon mit Bestimmtheit annehmen, daß die vereinigten Arbeitgeber dieser Frage größere Beachtung beimessen würden. Bereits in Nr. 10 des „Arbeitgebers“ erhält ein Herr Dr. Walter Kupf aus Cottbus das Wort, um die Förderung der Wertgemeinschaft durch die Arbeitgeber zu bekräftigen. Da der „Arbeitgeber“ das offizielle Organ der Vereinigten Arbeitgeberverbände ist und die Ausführungen des Dr. Kupf mit den gelegentlich von prominenten Mitgliedern des Vorstandes der Vereinigten Arbeitgeberverbände gemachten sich decken, so gehen wir wohl in der Annahme nicht fehl, daß durch diese Ausführungen die Anschauung der Spitzenorganisation der Arbeitgeber wiedergegeben ist. Die Unternehmer wollen damit von der höchsten Spitze ihrer Verbände aus eine Bewegung ins Leben rufen, die sie gegen die Gewerkschaften ausspielen können. Die letzten Wahlen mögen die Arbeitgeber noch besonders zu diesem Unternehmen aneregt haben. In der Vorkriegszeit haben sich die Spitzen der Unternehmerverbände geteilt, eine so zweifelhafte Bewegung, die aus ebenso zweifelhaften Elementen bestand, öffentlich zu fördern. Man wußte, daß die Förderung der gelben Bewegung unethisch und unmoralisch war. Man mußte ferner, daß diejenigen, die die gelben Werkvereine bildeten, meist Leute waren, die in jeder Beziehung ihres öffentlichen Lebens eine niedrige Gesinnung an den Tag legten. Deshalb rückte man damals öffentlich von den Gelben ab, im geheimen aber unterstützte man sie und handelte nach dem bekannten Ausspruch Heines:

Ich bitte Dich mein liebes Kind,  
Grüß mich nicht unter den Linden,  
Wenn wir erst alleine sind,  
Dann wird sich alles finden.

Diese Scheu, die in der Vorkriegszeit die Spitzenorganisation der Unternehmer hatten, die „Gelben“ offiziell zu fördern, scheinen sie abgestreift zu haben. Sie wollen jetzt in aller Öffentlichkeit die gelbe Bewegung fördern. In der Vorkriegszeit blieb dieses in der Regel Sache der einzelnen Unternehmer. Aber auch die einzelnen Unternehmer, mit wenigen Ausnahmen natürlich, verstanden es, soweit es nur ging, den Anschein zu erwecken, daß sie die Förderer der gelben Werkvereine wären. Man wahrte also wenigstens den Schein.

Daß die „Wertgemeinschaft der Nation“, wie sie Dr. Walter Kupf und die Arbeitgeberverbände getauft haben, Ersatz für die gelben Werkvereine sein sollen, darüber besteht nach den Ausführungen, die wir bisher in der Frage zu Gesicht bekommen haben durch die Unternehmerorgane nicht der geringste Zweifel. Der neue Name soll lediglich die Irreführung der Arbeiterschaft erleichtern. In dem angezogenen Artikel schreibt Herr Dr. Walter Kupf u. a.:

„Die Arbeiter, belehrt durch die Erfahrungen der letzten sechs Jahre, begannen sich abzuwenden von den freien und kommunistischen Gewerkschaften (letztere gibt es seit dem V. Weltkongress der Komintern nicht mehr, nur noch sogenannte selbständige Industrieverbände, die bedeutungslos sind) und gingen z. T. in die vaterländischen Verbände aus Opposition gegen den internationalen Marxismus, z. T. organisierten sie sich in nationalsozialistischen Parteien und Gruppen in der Hoffnung, hier eine würdigere Vertretung ihrer Belange zu finden.“

Man sagt dann weiter, „daß der Neuzozialist Winnig, „angeeilt“ von dem Treiben seiner Partei, auf den Plan trat und die fittlichen Forderungen eines neuen Arbeiterstandes formulierte“ dahingehend, „daß allmählich der Arbeiter aus den Fesseln der internationalen Utopien gelöst und zum Bewußtsein eines neuen Standes, der nicht allein fordern, sondern auch zu geben habe,“ geführt werden müsse. Man verschweigt hier offensichtlich, daß Winnig erst „angeeilt“ worden ist von dem Treiben seiner Partei, als er in großem Bogen wegen Verrats der Republik aus der Partei hinausgeschossen war. Herr Winnig neben Herrn Geisler, das sind schon die richtigen Bannerträger für die Gelben. Die Unternehmer spekulieren darauf, jenen Teil, der in den letzten Jahren durch die kommunistischen Treibereien aus den Gewerkschaften hinausgeschleift wurde, für die gelbe Bewegung einzufangen. Herr Walter Kupf sagt: „Das heute schon große Heer der abseitsstehenden Arbeiter wartet auf die Führung.“ Die Herrschaften scheinen sich stark zu irren, wenn sie glauben, daß sie die Arbeiter, die heute den Gewerkschaften fernstehen, für ihre durchsichtigen Zwecke einzufangen können. Es dürften auch hier die schönsten Nebensarten nichts nützen. Herr

Rupfch, der die Phrase so schön beherrscht, wird einsehen müssen, mitamt der Spitze der Arbeitgeberverbände, daß der reale Sinn der Arbeiterchaft es ihnen verbietet, diesen neuen Rattenfängern nachzulaufen. An anderer Stelle sagt Rupfch:

„Welche Ausichten hat der Kampf um die Seele der Arbeiterchaft? Wo liegen die stärkeren Wurzeln für eine Gesundung? Sie liegen bei der nationalen Arbeiterchaft, die um das Ziel Volk als Nation kämpft. Dieser Arbeiterchaft müssen wir eine Führung geben. Sie kann ihr gebracht werden von den Arbeitgeber und den Berufenen unter diesen Arbeitern selbst. (Winnig und Geister sind also die Berufenen unter den Arbeitern). Der Arbeitgeber muß sich an die Front stellen und mit seinen Arbeitern, die alle törichte Phrasen von sich geworfen haben, die produktive Tatgemeinschaft bilden, die ihre gemeinsamen Belange zu regeln hat. Es genügen aber nicht die Feinerzeit von der Zentralarbeitsgemeinschaft erstrebten materiellen Vereinbarungen, sondern die Arbeiterchaft muß als Standesorganisation anerkannt und ihre Freude am schaffenden Werk begeistert werden durch die wirkliche Wertgemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit.

Das lehrt der ehrlche Kampf der Arbeiterchaft um die Seele des Arbeiters, das lehrt das Ringen der Arbeiterfele um die Anerkennung seines Standes, um die Erfüllung seiner großen Sehnsucht, ein Glied im Rahmen der Berufsstände zu sein.“

Er schließt dann schließlich mit dem Rufe: „Arbeitgeber und Arbeitnehmer, schaffende Deutsche aller Stände, vereinigt Euch in der Wertgemeinschaft deutsches Volk zur Schicksalsgemeinschaft, die ein Banner aufspinnt in Deutschland mit der Inschrift: Arbeit, Brot und Freiheit!“

Wir kennen den Text und kennen auch den Verfasser. Wenn man dieses Elaborat den Ausführungen, die die vereinigten Arbeitgeberverbände in ihrem Geschäftsbericht über soziale Belastung der Wirtschaft, über die Lohnfrage usw. gemacht haben, gegenüberstellt, dann liegt ja offen, welchen Zweck die Arbeitgeber verfolgen. Derjenige Arbeiter, der so dumme wäre, daß er den Ausführungen, die von Herrn Dr. Rupfch im „Arbeiter“ gemacht sind, Glauben schenkt, der muß erst geboren werden, oder er hat sich von vornherein zur Aufgabe gestellt, seine Klassengenossen zu verraten. Ein anderes gibt es nicht.

Die organisierte Arbeiterchaft wird aus diesen Ausführungen erkennen, was die Unternehmer vorhaben. Sie werden jedenfalls auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß die Bestrebungen der Unternehmer zu Wasser werden. Mit der gelben Bewegung, die die Unternehmer zu schaffen gedenken, versuchen sie zwischen den gegenwärtigen Tarifkontrahenten den gelben Wertverein einzuschleiben. Diese von den Arbeitgebern gekauften Subjekte sollen dann als Arbeitnehmer die Unternehmerbestrebungen stützen, damit es auf diese Weise leichter gelingt, die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiterchaft abzulehnen zu können. Hoffen wir, daß unsere Kollegen im Lande schon jetzt auf diese Tafsache hinweisen, um mit vereinten Kräften für die Gewerkschaftsorganisation zu werben. Bedenkt aber ferner noch, daß diese neueste Blüte im Arbeitgeberlager nichts anderes ist, als eine Frucht der verhehenden Agitation der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften.

### Eine Tagung den Beitragskassierer aus dem Gau Gera und der benachbarten sächsischen Ortsgruppen.

Im herrlichen Gölschtal bei Mplau-Neßschau hatten sich am Himmelfahrtstag im Bad Rosenthal die Beitragskassierer aus dem Gau Gera und Voglland zu einer gemeinsamen Tagung zusammengefunden. Gegen 400 Beitragskassierer waren der Anregung der Greizer und Geraer Kollegen gefolgt und hat die starke Beteiligung sowie die Aussprache gezeigt, daß ein starker Kern von Pionieren anwesend war, welcher von dem festen Willen durchdrungen ist, die Textilarbeiterchaft wieder vorwärts und aufwärts zu führen. Eine Musikkapelle begleitete die Geraer und Greizer Kollegen bei der Wanderung durch das herrliche Gölschtal. Während der Vormittagsstunden trafen die übrigen Beitragskassierer aus dem Gau Gera und den benachbarten sächsischen Ortsgruppen ein, wo im Garten des Bad Rosenthal manche alte Freundschaft wieder erneuert wurde und in Gruppen ein gegenseitigen Austausch über Beitragsleistung, Branchen-, Betriebsräte- und Organisationsfragen stattfand. Feierliche Stimmung brachte die Greizer Musikkapelle unter die versammelten Beitragskassierer, nachdem sie ihre Marschmusik in Konzertmusik verwandelt hatte. Um 1 Uhr wurde im Saal die Konferenz der Beitragskassierer vom Kollegen Bretschneider eröffnet und zur Leitung derselben die Kollegen Max Schmidt-Gera und Hugo Schönfeld-Greiz gewählt. Zu dem angelegten Tagesordnungspunkt: Die Aufgaben des Deutschen Textilarbeiterverbandes und wie steigern wir die Beitragsleistung, hielt der Gauleiter Kollege Bretschneider ein einstündiges ausgezeichnetes Referat. Von der geschichtlichen Entwicklung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausgehend behandelte er die Aufgaben der Vor- und Nachkriegszeit, wobei Redner die Tätigkeit der Beitragskassierer besonders hervorhob, welche das Bindeglied zwischen Ortsverwaltung und Mitgliedschaft sind. Ueber die Frage, wie steigern wir die Beitragsleistung, wies Kollege Bretschneider auf die unermüdliche Agitation in dieser Beziehung im Gau Gera hin. Der Ausklang des Referats mit seinen schlecht ansprechbaren statistischen Unterlagen war: Der Kampffonds muß gestärkt werden, die Beitragskassierer müssen von der Notwendigkeit der höheren Beitragsleistung selbst überzeugt sein, die Freundschaft mit den unorganisierten Drückebergern muß aufhören. Der Referent empfahl zum Schluß nachstehende Resolution anzunehmen und auch durchzuführen:

„Alle Filialverwaltungen im Deutschen Textilarbeiterverbande, deren Beitragskassierer an der Zusammenkunft am 21. Mai 1925 im Bad Rosenthal beteiligt sind, heben hervor, daß die Tätigkeit der Beitragskassierer für den Bestand des Verbandes im Mitgliedsbestand und in der finanziellen Kraft von größter Bedeutung ist. Sie erkennen an, daß deren Tätigkeit vom größten Idealismus getragen ist. Sie sind nicht nur das Bindeglied zwischen Verwaltung und Mitgliedschaft, sie sind auch die Pioniere in der Kleinarbeit für Werbung neuer Mitglieder, Befestigung gewonnener Mitglieder zur Treue zum Verbande und überhaupt das einflussreichste Element für den weiteren Ausbau des Verbandes. Um aber diese Kraft mit noch besserem Werbe- und Aufklärungsmaterial auszurüsten, verpflichten sich die Ortsverwaltungen, je mit ihren Beitragskassierern allmonatlich mindestens einmal eine Zusammenkunft im Ortsgruppenbereich zu arrangieren, in denen über den jeweiligen Mitgliedsbestand und die finanzielle Kraft zu berichten ist. Desgleichen auch über eingeleitete Forderungen für die Textilarbeiterchaft oder für einzelne Textilarbanchen. Die Beitragskassierer sind damit einverstanden, daß die Entschädigung für das Hereinholen der Beiträge nicht pro Beitragsmarke, sondern nach dem Wert der Beitragsmarke berechnet wird. Die Beitragskassierer erwarten, daß der Verbandsbeitrag in seiner nächsten Sitzung den Beschluß faßt und durchführt, daß mit Beginn des vierten Quartals 1925 die 30er Beitragsmarken an Ortsgruppen nicht mehr geliefert werden dürfen. Um aber dem zu erwartenden Beschluß von vornherein eine Sicherung zu geben, ist die Vorbedingung zu erfüllen, daß die Ortsgruppenverwaltungen von sich aus mit Zustimmung eines Beschlusses in der Sitzung der Beitragskassierer die 30er Beitragsmarke nicht neu bestellen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, vorwärts zu kommen.“

Das Referat des Kollegen Bretschneider fand allgemeinen Beifall. In der anschließenden sächsischen und anregenden Diskussion, an welcher sich Beitragskassierer aus den Orten Gera, Greiz, Treuen, Zwidau, Meerane, Plauen, Werdau, Reichenbach und Neßschau beteiligten, wurde einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Organisation finanziell gestärkt werden muß, wenn die Textilarbeiterchaft

vorwärts kommen will. Daß sich die anwesenden Beitragskassierer ihrer Aufgaben, die sie dabei zu erfüllen haben, bewußt waren, bewies die Aussprache sowie die vielen praktischen Anregungen, die sich die Diskussionsredner gegenseitig gegeben haben. Glaube ein Teil der sächsischen Redner infolge schwieriger örtlicher Verhältnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet für die Abschaffung der 30er Marken ab viertes Quartal zu warnen, so wiesen die Kassierer aus dem Gau Gera die Notwendigkeit und Durchführbarkeit nach, so daß trotz für und wider in bezug auf Abschaffung der 30er Beitragsmarken die Resolution Bretschneiders nur gegen eine Stimme angenommen wurde. Mit Recht konnte Kollege Bretschneider in seinem Schlußwort feststellen, daß die Konferenz ihren Zweck erfüllt hat und erklärte, daß es den Ortsgruppen im Gau Gera nicht daran gelegen habe, auf der Konferenz mit einem hohen Durchschnittswert zu glänzen, sondern sie wünschen, daß auch die anderen Ortsgruppen in dieser Beziehung nachfolgen, weil sie aufeinander angewiesen sind. Mit einem feurigen Schlußwort des Kollegen Hugo Schönfeld-Greiz, welcher auf die geschichtliche Bedeutung dieser erstmalig einberufenen Beitragskassiererkonferenz innerhalb des Textilarbeiterverbandes hinwies, wurde die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband, in welches die gegen 400 versammelten Beitragskassierer begeistert einstimmten, geschlossen. Mit einer Wanderung nach der Gölschtalbrücke endete die Zusammenkunft der Beitragskassierer aus dem Gau Gera und Voglland am Himmelfahrtstag mit dem Bestreben, daß es mit der Entwicklung und finanziellen Schlagkraft des Deutschen Textilarbeiterverbandes vorwärts gehen muß. Führen die einzelnen Ortsverwaltungen und Beitragskassierer die von der Konferenz auferlegten Pflichten durch, dann war die Tagung für den Verband die schönste Himmelfahrt.

### Aus der Textilarbeiterbewegung.

Die österreichischen Textilarbeiter stehen vor einem schweren Kampf. Die Gewerkschaften haben in Oesterreich das bisherige Abkommen, nach welchem sich die Löhne richteten, gekündigt. Die Textilarbeiter versuchen nun, zu einem neuen Tarifabkommen zu gelangen, dem sich die Arbeitgeber widersetzen. Die Verhandlungen, die am Mittwoch, den 27. Mai stattgefunden haben, brachten keine Einigung. Die Verhandlungen wurden darauf auf Freitag vertagt. Ob die Freilagsverhandlungen von Erfolg begleitet waren, ist uns noch nicht bekannt. Sollten sie erfolglos verlaufen, dann dürfte mit einer Aussperrung von 50 000 Textilarbeitern zu rechnen sein.

### Die Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925.

Mit besonderer Berücksichtigung der Berufszählung.

Mehr als 18 Jahre sind vergangen, seitdem die letzte große Inventuraufnahme der deutschen Volkswirtschaft (die Berufs- und Betriebszählung 1907) stattgefunden hat. Hatten schon die letzten Jahre vor dem Kriege gewaltige wirtschaftliche Veränderungen verursacht, so hat der Weltkrieg erst recht einschneidende Umwälzungen hervorgerufen. Wollen wir heute diese Veränderungen, die seit 1907 im Erwerbsleben, insbesondere der beruflichen und sozialen Schichtung des deutschen Volkes vor sich gegangen sind, feststellen, so treten wir vollständig im Dunkeln. Niemand kann heute mit Sicherheit angeben, wieviel Erwerbstätige es im Deutschen Reich gibt, wie groß die Zahl der Angestellten oder der Arbeiter ist, wie sie sich auf die einzelnen Wirtschaftszweige verteilen, welches die zahlenmäßige Belegung und die gegenseitige Bedeutung der einzelnen Berufe und Berufsgruppen im Rahmen der Gesamtwirtschaft ist und dergleichen mehr.

Immer stärker wurden deshalb die amtlichen statistischen Stellen — gerade aus Kreisen der Berufsorganisationen, Gewerkschaften usw. — gedrängt, einwandfreie und umfassende Zahlenunterlagen zur Verfügung zu stellen, um den vielfachen Erfordernissen der Praxis, sei es auf wirtschaftspolitischem oder auf sozialpolitischem Gebiet, Rechnung zu tragen. Die amtliche Statistik hat sich diesen Anregungen nicht verschlossen; aber zunächst hinderte der Krieg, dann die Demobilisierung, dann die Inflationszeit und die Ruhrbesetzung, die in ihren Auswirkungen ein vollkommen falsches Bild des Wirtschaftslebens und der beruflichen Gliederung des Volkes hatte entstehen lassen. Nachdem durch die Marktstabilisierung die wirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder einigermaßen konsolidiert haben, scheint die Zeit für die erste große volkswirtschaftliche Inventuraufnahme der Nachkriegszeit gekommen zu sein.

Durch Reichsgesetz vom 13. März 1925 ist eine allgemeine Volkszählung in Verbindung mit einer Berufszählung, einer landwirtschaftlichen und einer gewerblichen Betriebszählung für das ganze Deutsche Reich (ohne Saargebiet) angeordnet. Das groß angelegte vierfache Zählungswerk soll am 16. Juni 1925 zur Durchführung gelangen.

Unbedingte Voraussetzung für das Gelingen des Zählungswerkes ist jedoch die sorgfame und gewissenhafte Verantwortung der bei der Zählung verwendeten Fragebogen. Wer die Fragebogen sorgfältig beantwortet, erfüllt nicht nur eine selbstverständliche staatsbürgerliche Pflicht, sondern handelt auch in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse und im Interesse des Berufsstandes, dem er angehört.

Die Unterlagen für die am 16. Juni 1925 stattfindende Berufszählung werden aus der sogenannten Haushaltsliste gewonnen. Die Haushaltsliste umfaßt 4 Seiten, von denen die erste und ein Teil der vierten Seite näheren Erläuterungen über die einzelnen Fragen gewidmet ist. Die genaue Durchsicht dieser Erläuterungen wird dringend empfohlen. Auf Seite 2 und 3 finden sich die eigentlichen Volks- und Berufszählungsfragen; auf Seite 4 noch besondere Fragen für Bodenbewirtschaftung und für Gewerbetreibende. Die Fragen der Bodenbewirtschaftung werden auch für Angestellte und Arbeiter von praktischer Bedeutung sein, da viele von ihnen nebenbei zur Erholung oder zum Erwerb noch eine Bodenfläche, wenn auch von sehr kleinem Umfange (Kleingärten, Schrebergärten) bewirtschaften.

Die Berufszählungsfragen beginnen mit der Frage nach dem (Haupt-) Beruf als solchen, um die Belegung der einzelnen Berufe und die Zahl der Erwerbstätigen feststellen zu können. Daran schließt sich die Frage nach der Stellung im Beruf (ob selbstständig, Angestellter oder Arbeiter), um Aufschluß über die soziale Schichtung der Bevölkerung zu erhalten. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die genaue Beantwortung der Fragen nach dem Betrieb, in welchem der Beruf ausgeübt wird. Bei größeren Betrieben mit verschiedenartigen Abteilungen ist außer dem Betrieb auch die Betriebsabteilung bzw. die Gewerbestelle dieser Betriebsabteilung, in der der Beruf ausgeübt wird, anzugeben. Die Berufsstatistik will nämlich nicht nur den von den einzelnen Personen angegebenen individuellen Beruf nachweisen, sondern auch darstellen, in welchem Wirtschaftszweig (Betrieb) die einzelnen tätig sind. Man will also z. B. nicht nur erfahren, wieviel Buchhalter oder Schlosser im Deutschen Reich vorhanden sind, sondern auch, wie viele davon in den einzelnen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie, der Textilindustrie, des Baugewerbes usw. beschäftigt sind. Nur auf diese Weise kann die volkswirtschaftliche Bedeutung der einzelnen Berufe richtig dargestellt werden.

Der Textilarbeiter hat z. B. anzugeben, ob er in der Wollindustrie, Baumwollindustrie, Seidenindustrie, Leinenindustrie, Leppfabrikation, Bandweberei, Wirterei, Stricker, Tuchweberei, Appreturanstalt, Färberei usw. als Appretur, Bleicher, Bügler, Defateur, Spinner, Baumwollweber, Wollweber, Seidenweber, Leineweber, Färber, Schlichter, Stricker, Wirtler, Bandweber, Seiler usw., der Lederarbeiter, ob er in einer Gerberei, Lederfabrik, Lederwarenfabrik, Linoleumfabrik usw. als Gerber, Lederfärber, Sattler, Näher usw., — der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie, ob er in einer Kleiderfabrik, Wäschefabrik, in

einer Kürschnerei, Hut- und Mützenmacherei, Handschuhfabrik, Schuhfabrik, einer chemischen Wäschmanufaktur usw. als Schneider, Kunststoffer, Kürschner, Näher, Sticker, Hutmacher, Mützenmacher, Handschuhmacher, Schuhmacher, Stanger, Stepper, Zwicker, Bügler, Färber, Wäscher usw. tätig ist.

Immer ist der Name und die Art des Betriebes, in welchem der Arbeiter seine Tätigkeit ausübt, genau zu bezeichnen.

### Wirtschaft.

Stöhr — Krupp.

Der deutsch-amerikanische Kammgarnspinnereikonkern Stöhr hat kürzlich einen Interessengemeinschaftsvertrag mit dem größten deutschen Stahlwerk, der Firma Friedrich Krupp A.-G. in Essen abgeschlossen. Gegenstand des Vertrages ist die Verkaufsvertretung Kruppischer Textilmaschinen seitens der Firma Stöhr u. Söhne in Bassac (Nordamerika). Der amerikanische Stöhr-Konzern, der als Tochterunternehmen des Leipziger Stöhr-Konzerns zu betrachten ist und mit seinen drei in diesem Konzern zusammengeschlossenen Gesellschaften insgesamt einen Wert von über 30 Millionen Dollar darstellt, hat sich zu diesem Vertrage veranlaßt gesehen, nachdem der verlustreiche Vertrieb der Kruppischen Textilmaschinen auf dem nordamerikanischen Markt gute Ergebnisse zeitigt hatte. Stöhr u. Söhne garantieren den Verkauf eines Jahresminimums. Die kritische Textilmaschinenindustrie dürfte jetzt die Wirkung eines weiteren ernstlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkt verspüren. Die Krupp-Werke in Essen haben ihren Betrieb bereits vor längerer Zeit von der Waffenfabrikation auf die Herstellung von Textilmaschinen umgestellt. Die Interessengemeinschaft erscheint vor allem deshalb so aussichtsreich, weil Krupp über alle erdenklichen technischen und industriellen Möglichkeiten verfügt, die für eine leistungsfähige und preiswerte Produktion unumgänglich sind, während andererseits Stöhr u. Söhne aus eigener Erfahrung über die Anforderungen unterrichtet sind, die von modernen Textilmaschinen erfüllt werden müssen.

Damit ist der Stöhr-Konzern, der die bedeutendsten Kammgarnspinnereien in den Vereinigten Staaten besitzt, auch in vertikalere Hinsicht wiederum einen Schritt weitergekommen, um die Wege zur Schaffung eines Kammgarnspinnereikonkerns zu ebnen. Es bleibt abzuwarten, ob die Interessengemeinschaft zwischen Krupp und Stöhr weitere Kreise in Gestalt von Aktienausgaben, Beteiligungen, Austausch von Aufsichtsratsmitgliedern usw. ziehen wird. A. R.

### Um das Washingtoner Arbeitszeitabkommen.

Die Internationale Arbeitskonferenz brachte am Montagvormittag die Aussprache über den Bericht des Direktors des Arbeitsamtes. Bis zum April 1925 waren durch das Amt 146 Ratifikationen von Abkommen veröffentlicht, 33 vollzogen und 121 vorgeschlagen. Genosse Mertens-Belgien forderte namens der Arbeitnehmergruppe von den Regierungsvertretern Auskunft über die grundlegende Stellungnahme zum Washingtoner Abkommen. Arbeitsminister Tschoffen-Belgien konnte wegen des Nichttritts der belgischen Regierung nicht in deren Namen sprechen, betonte aber, daß Belgien zur Ratifikation bereit sei, sobald die großen Industriemächte ratifiziert hätten. Der englische Regierungsvertreter erklärte, daß seine Regierung das Washingtoner Abkommen jetzt noch nicht ratifizieren könne, aber das Prinzip des Achtstundentages werde von England unbedingt anerkannt. Genosse Jouhaux und Poulsen-England betonten gegenüber diesen Regierungserklärungen, wie tief die Enttäuschung der Arbeiterklasse über die Verzögerung der Ratifikation sei. Seit sechs Jahren sei das Washingtoner Abkommen einstimmig angenommen und ebenso bestche der Achtstundentag in den verschiedensten Ländern. Warum wolle man ihn nicht ratifizieren. Eine derartige Verschleppungstaktik werde dem Arbeitsamt und der Arbeitskonferenz die Sympathien der Arbeiter entfremden. Der deutsche Regierungsvertreter Feig erklärte, daß die deutsche Regierung die Neuregelung der Arbeitszeit durch die Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundgeden des Washingtoner Abkommens zu bringen versuche, ehe sie dieses Abkommen ratifiziert. Die Arbeitszeitverordnung vom Herbst 1923 sei nur eine vorübergehende Maßnahme und stünde nicht in Uebereinstimmung mit dem Washingtoner Abkommen. Aber heute arbeiteten schon mehr als 50 Prozent der deutschen Arbeiter wieder 48 Stunden in der Woche. Ebenso sei das Zwischenschichtenstems bei Hochöfen wieder aufgenommen, statt des Dreischichtensystems. Deutschland habe trotz großer Schwierigkeiten den Wunsch, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. Der französische Arbeitsminister Durafour traf am Montagabend in Genf ein und wird am Mittwoch die Erklärung seiner Regierung abgeben. Am Donnerstag folgt eine Aussprache über den Protest der Kommission für Unfallversicherung, denn hier wurde am Montag mit 20 gegen 12 Stimmen ein Antrag angenommen, der eine wesentliche Rückschraubung der Zahl von Betrieben darstellt, deren Tätigkeit unter den Begriff der Gefährlichkeit fällt. — Zur allgemeinen Verwunderung stimmte der deutsche Regierungsvertreter Geheimrat Luffen für den Arbeitgeberantrag und beeinflusste damit wesentlich die Haltung der anderen Regierungen. Das ist um so erstaunlicher, da er sich damit in Gegenlag zur deutschen Reichsgesetzgebung für Unfallversicherung und zum Reichstagsbeschluß vom 16. Mai jetzt, der den Begriff der Betriebsgefährlichkeit sehr weit gezogen hat.

### Berichte aus Fachkreisen.

Neugersdorf i. Sa. Ein verdienter Verbandsjubilär. Auf eine 30jährige Verbandszugehörigkeit kann unser Kollege, der Geschäftsführer Heinrich Richter, in diesen Tagen zurückblicken. Als 18jähriger Webergeselle kam er auf der Wanderschaft im Frühjahr 1895 nach Görlitz, wo er in Fühlung mit der damals noch recht jungen Organisation kam und am 25. Mai 1895 durch den heute noch lebenden und mitwirkenden alten Verbandsveteranen Brückner als Mitglied in den Verband aufgenommen wurde.

Unerkennbar hat Kollege Richter dem Verband die Treue gehalten. Dies aber nicht allein, 30 Jahre lang, sofort vom Tage seiner Aufnahme an, hat er mit Hingabe aller seiner Kraft im Verbandsarbeit mitgearbeitet. Im großen Crimmitschauer Kampf im Jahre 1902 zu 1903 stand er mit an führender Stelle. Er war auch eines der Opfer, die nach Abbruch des Kampfes noch ein halbes Jahr die Rache der Crimmitschauer Textilarbanchen in seinen betamen, die ein weiteres halbes Jahr noch ausgeperrt blieben.

Im Jahre 1912 wurde er von der Filiale Reichenau als Geschäftsführer gewählt. Auch dort hat er es verstanden, durch sachliche hingebende Arbeit das Vertrauen der gesamten Arbeiterchaft sich zu erwerben. 1920 dann, als der Kollege Heibel von hier weg in die Gausleitung nach Dresden ging, wurde Kollege Richter an dessen Stelle zur Leitung der bedeutendsten Filiale Ostsaachsens hierher berufen. Gestützt auf seine langjährigen praktischen Erfahrungen, erfüllt von strengstem Pflichtbewußtsein, hat er auch an dieser Stelle Bedeutendes für die Organisation und die Arbeiterchaft geleistet. Wenn die Filiale Neugersdorf nunmehr nach den Stürmen der letzten Jahre heute unerschütterlich und als eine der besten im Reiche dasteht, hat unser Jubilär sein redliches Teil Verdienst mit daran.

Die Mitglieder und Filialverwaltung widmen darum unserem lieben Kollegen Heinrich zu seinem Jubiläum dankbare Glückwünsche, verknüpf mit dem weiteren Wunsch, daß es unserem Heinrich vergönnt sein möge, noch recht lange Jahre in gleicher körperlicher und geistiger Rüstigkeit wie bisher für das Wohl der Textilarbeiterchaft wirken zu können. (Wir schließen diesen Wünschen an. D. Red.)

# Frauen-, Jugend- und Betriebsräteteil

## Neue Sorgen, neuer Hunger.

Im Wahlkampf der Parteien um den Reichspräsidenten wurde der Wählerchaft von den Rechtsparteien versprochen, daß alles besser werden solle, wenn deren Erwählter, der „Reiter Hindenburg“ Präsident der deutschen Republik würde.

Genau ein Monat ist seit dem 26. April ins Land gegangen, und mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit wird der Wählerchaft zum Bewußtsein gebracht, was jene Kreise sich unter „besser werden“ vorstellen. Wenn die Frauen und Mütter des arbeitenden Volkes, welchen die Hungerblutade noch nicht aus dem Gedächtnis entschwunden ist, des naiven Glaubens waren, die Besserung bedeute eine Verbilligung der Lebensunterhaltungskosten, so konnten sie aus den bisherigen Veröffentlichungen schon entnehmen, daß durch Zollvorlagen, welche die Lebenshaltung der arbeitenden Klasse verteuern, die Schultern der Besitzlosen aufs neue erheblich belastet werden sollen.

Wie war es um die Ernährung des Volkes bisher bestellt? Durch eine amtliche Darstellung, welche den Sachverständigen der Entente vorgelegt wurde, wird die verarmte Lebenshaltung in Deutschland trefflich beleuchtet. Der Verbrauch an wichtigen Artikeln, pro Kopf und Jahr berechnet, betrug in Deutschland (einschließlich des gewerblichen und tierischen Verbrauchs):

	1913	1923
Fleisch . . . . .	43,15 kg	26,71 kg
Roggen . . . . .	153,1	91,9
Weizen und Spelz . . . . .	95,8	47,6
Gerste . . . . .	108,0	30,0
Kartoffeln . . . . .	700,2	573,0
Reis . . . . .	2,49	1,64
Heringe . . . . .	2,89	1,73
Bier . . . . .	103,0	50,0
Branntwein . . . . .	5,4	2,0

Dieser Rückgang im Verbrauch der wichtigsten Nahrungsmittel ist auch die Ursache des Rückganges der Volksgeundheit und des Heranwachsenden eines in der körperlichen und geistigen Entwicklung zurückbleibenden Nachwuchses. Die Regierung, die nach der Dezemberwahl sich schon mit der Einbringung der Zollvorlage befähigte, magte sie vor der Reichspräsidentenwahl nicht herauszubringen. Durch diese Zollvorlage steht eine Verteuerung des Brotgetreides bevor, die zu den schlimmsten Verführungen Anlaß gibt.

Ist der Nahrungsmittelbedarf des gesamten deutschen Volkes im Lande selbst zu erzielen? Nein! Die deutsche Ernährungswirtschaft war schon vor dem Kriege in hohem Maße auf die Einfuhr angewiesen. Im Jahre 1914 wurde von Professor Elsbacher errechnet, daß 1912—1913 schon 22 Proz. des Verbrauches aus Auslandsmitteln gedeckt werden mußten. Nach diesen Berechnungen bestanden nicht weniger als 70 Proz. der gesamten Einfuhr von Nahrungsmitteln aus Getreidearten. Durch den Verlust landwirtschaftlicher Nutzflächen ist Deutschland mehr noch als früher auf Auslandsieferung angewiesen. Die Einfuhr ausländischer Waren nach Deutschland soll aber mit Geldausgaben belastet werden, die man „Schutzzölle“ nennt. Dadurch will man ihr Einbringen auf den deutschen Markt verhindern oder erschweren, die Verbilligung der Lebensmittel nicht zulassen. — Statt Erleichterung der notwendigen Einfuhr durch Freihandel zu schaffen und damit die Ernährung des Volkes zu sichern, richtet man Zollschranken auf, welche die Lebenshaltung des Volkes verteuern und in ihrer Wirkung nur den Großagrariern Nutzen bringen. Wie eine Verteuerung des Brotgetreides sich auswirkt, weist das Ham-burger Weltwirtschaftliche Archiv nach. Seine Berechnungen ergaben für die Jahre 1909—1913 einen Durchschnittsverbrauch von Weizen und Roggen pro Kopf der Bevölkerung von 255,4 Kilo. Dieser Durchschnittsverbrauch ist für die Jahre 1921—1924 auf 177 Kilo pro Kopf zurückgegangen. Hier tritt ein den steigenden Preisen paralleler Rückgang des Verbrauchs an Brotgetreide in Erscheinung. Solche Zahlen, aus denen die Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen des Volkes ersichtlich ist, sind auch denen, welche die Zollvorlage eingebracht haben, nicht unbekannt. Warum also eine abermalige Verteuerung der Lebenshaltung, wenn erwiesen ist, daß das deutsche Volk den Nahrungsmittelverbrauch der Vorkriegszeit heute noch nicht wieder erreicht hat? Die Notwendigkeit der Zölle wird mit der schlechten Lage der Landwirtschaft begründet. Wie wenig stichhaltig solche Gründe sind, ist dadurch erwiesen, daß in Zeiten des Hochschutzes sich die Anbauflächen verringert haben. Würde der Doppelzentner Roggen nur mit 3 M. wie jetzt vorgesehen, belastet, so bedeutete das für die Arbeiterfamilie eine Mehrausgabe von 27,25 M. für verteuertes Brot. Bei der Brotverteuerung allein soll es nicht bleiben. Es ist beabsichtigt, alle anderen Lebensmittel, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Fette, Gemüse, Obst, Eier usw. ebenfalls mit Zöllen zu belegen. Keines der für die Massenernährung in Frage kommenden Nahrungsmittel ist in dem Zolltarif vergessen worden. Der Schutz Zoll ist die härteste und brutalste Kopfsteuer, die denkbar ist. Die Arbeiterfrauen spüren bei jedem Einkauf, daß sie immer weniger für ihr Geld erhalten. Die ärmsten und kinderreichsten Familien werden durch diesen Eingriff in die Lebenshaltung des Volkes am allerschwersten betroffen.

Getreidezölle ziehen aber automatisch eine Verteuerung aller gewerblichen und industriellen Bedarfsartikel nach sich. Welche Familie kann heute schon von sich sagen, daß alles, was seit 1914 an Wäsche, Bekleidung und Hausrat heruntergewirtschaftet wurde, schon hätte voll ersetzt werden können? Wichtigere als Zölle, die einem kleinen Teile der Bevölkerung helfen sollten, ist die Hebung der Kaufkraft der Massen durch Erhöhung der Löhne, damit sie mehr zu konsumieren in der Lage sind. Damit wird der Industrie und der Landwirtschaft gedient. Mit der Erhöhung der Löhne hat man es aber bei uns in Deutschland noch nie so eilig gehabt, wie mit der Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen. Die Lohnsteigerung seit 1914 betrug Ende 1924 in Stundengeldlöhnen in Deutschland nur 122 Prozent. Dagegen in Italien 150, Frankreich 152, England und Schweiz je 200, Schweden 249, Holland 295 und Amerika 232 Prozent. Daraus ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter immer noch der am niedrigsten entlohnte aller großen Industriestaaten ist. Kann die deutsche Arbeiterfamilie ihre Lebenshaltung noch weiter einschränken? Wenn also die Zollvorlage angenommen wird, so ist die Folge, daß der Gesamtlohn noch mehr zurückgeht, daß weiter gehungert wird, daß erneut Tausende und aber Tausende von Menschen aller Altersklassen an Unterernährung zugrunde gehen werden. Was schert das die Leute, die aus der Auswanderung des Volkes immer Vorteile gezogen haben. Sie schreien wohl nach Qualitätsarbeitern, weil nur dadurch Deutschland sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Sie entlohnen aber die Arbeiter und Arbeiterinnen so schlecht, daß sie an der Grenze des Verhungerns angelangt, noch mit einer weiteren Verteuerung ihrer Lebenshaltung rechnen können.

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften schärfsten Einspruch gegen die Schutzpläne der Regierung erhoben haben. Die Schutzpolitik bedeutete eine Einengung der Lebensmöglichkeiten von Millionen. Daraus erwachsen den arbeitenden Frauen neue Sorgen. Schwere Lohnkämpfe würde die volksfeindliche Politik zur Förderung privatwirtschaftlicher Interessen einer recht kleinen Gruppe des Gesamtvolkes nach sich ziehen. Diese Lohnkämpfe können nur durch die Gewerkschaften geführt werden. Es ist also Aufgabe der Arbeiterinnen, sich darüber klar zu werden, daß ihre und ihrer Angehörigen Existenz auf dem Spiele steht, daß nur die Gewerkschaft ihnen die Möglichkeit der Abwehr dieser ungeheuren Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bietet. Deshalb ist es notwendig, in der Tageszeitung den Zöllibatanten im Reichstage aufmerksam zu folgen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit den bisher Uninteressierten darüber zu sprechen, damit sie die schweren Gefahren, welche der Volks- ernährung drohen, in vollem Umfange begreifen lernen. Noch stehen

viele Arbeiterinnen außerhalb der Organisation, den Arbeiterinnen wird infolge ihrer niedrigeren Löhne der Kampf gegen den Hunger noch schwerer als den Männern. Unvergessen müssen den Frauen und Müttern die hinter uns liegenden Hungerjahre mit ihrem Massensterben der Kinder sein. Das versprochene „besser werden“, an welches viele, viel zu viele weibliche Volksgenossen glaubten, zeigt diesen Leichtgläubigen nun, was es heißt, wenn die Reaktion an der Macht ist. Sie werden daraus lernen müssen, daß wieder eine Zeit kommt, in der die Volksvertretung eine andere Mehrheit haben wird und dann eine andere, den Interessen des arbeitenden Volkes besser dienende Regierung gebildet werden kann. Jetzt gilt es, sich gegen die neue Ausaugung zu wehren und zu zeigen, daß die erwerbstätigen Frauen willens sind, sich energisch gegen die arbeitserfeindlichen Regierungsmaßnahmen zu wehren. Diesen Willen können sie nur in der Gewerkschaft und durch fleißige Werbearbeit für dieselbe zum Ausdruck bringen.

## Der Vormarsch der Jugendbewegung.

Von Franz Osteroth.

Wer vermag noch die zahlreichen Bücher, Broschüren und Abhandlungen zu überfliegen, die sich von den verschiedensten wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus — von soziologischen, pädagogischen oder kulturgeschichtlichen — mit der seltsamen Erscheinung der deutschen Jugendbewegung befassen. Angesehene Männer unserer Nation und solche des Auslandes widmen ihr eine hoffnungserfüllte Aufmerksamkeit, die vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Aber auch die Volksmeinung ist vom billigen Spott über die „Naturforscher“ abgekommen. Die barhäuptigen, schlichtgekleideten Jugendscharen, ihre Lieder, ihre Feste und Feiern sind Kernstücke lebendigen Volkstums und bereits den Kindern Vorstellungsbeleg geworden. Parteien werben um die Menschen der Jugendbewegung. Große Zeitungen bringen ausführliche Aufsätze über das Leben des Jungvolkes; sie zeigen durch Wiedergabe umfangreicher Berichte über Vorgänge im Jugendlager, wie ernst sie das junge Volk nehmen. Allgemein glaubt man, daß aus dieser Jugend etwas wie eine Erneuerung des Volkstums kommen wird.

Überallhin weht der Volksgeist der Jugendbewegung. Da ist schier keine Vereinigung Jugendlicher, die sich der umwandelnden Kraft der neuen Bewegung entziehen könnte. Lokale Wanderbünde, Jugendabteilungen von Sportorganisationen, Partei- und Gewerkschaftsjugendgruppen — mögen sie um jugendfremder Zwecke willen, vielleicht gar nur zum Zweck des Weiterbestandes von Er-wachsenenorganisationen geschaffen sein: es dringen mit den Menschen der Jugendbewegung auch die werdenden Lebensideale und der Lebensstil der Jugendbewegung ein.

Still und anfangs kaum beachtet, aber rasch und Rückschläge kraftvoll überwindend, ist die neue Lebensmacht gewachsen. Eine neue Lebensmacht! Eine bewußt junge Generation! Vor einem Vierteljahrhundert war noch nichts von einer solchen Jugendschicht zu spüren. Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter stand breitbeinig da, nur von der sozialistischen Arbeiterbewegung angegriffen, die aber selbst tiefer vom Wesen des angegriffenen Zustandes gefärbt war als sie wußte. Der seelische Widerstand gegen die bürgerlich-kapitalistische „Kultur“ wurde von der Jugend begonnen und eigenartigerweise: von Jugend bürgerlicher Eltern. Die jugendliche Seele hat das Sehnen nach idealer Volkshomogenität in sich, sie ist „die ewige Glückschance der Menschheit“. Sie spürte die Kälte und Zersetzung, die vom Egoismus und Materialismus der Zeitgenossenschaft ausging, von dem ehrfurchtslosen Intellektualismus, dem Welt und Leben ein Rechen-exempel, eine Summe von Begriffen wurden. Der frischen Urkraft der Jugendseele sagte ein Ahnen, daß eine neue Zeit nur im Zeichen der Gemeinschaft und des idealistischen Aufschwunges stehen kann.

Abgestoßen von den toten, verlogenen Konventionen des Elternhauses und der „guten Gesellschaft“, mit Schauern auf sechs Tage drümmeligen Schulbetriebes zurückschauend, zog der frischeste Teil der bürgerlichen Jugend Sonntags und während der Ferien in Wald und Flur hinaus. Ein inniges Naturgefühl ward dieser Jugend zu eigen. In sonniger Weite, aber auch in der stillen Melancholie still rinnenden Regens, am brennenden Holzstoß und unter dem gestirnten Nachthimmel wuchsen Jugendgemeinschaften, die Wahrheit, Gerechtigkeit, Schlichtheit, Reinheit als Richtzeichen ihres Lebens setzten. Aus diesen Wanderbünden, die in romantischer Flucht sich abwandten von einer schmällichen Umwelt und sich im Gegenjag zu ihr und aus tieferem Lebensgrunde ein heimliches Jugendreich in Wald und Heide schufen, bildete sich eine Aelterenschicht, die mit Bewußtsein Stellung zur Umwelt — zu Schule, Elternhaus, Staat — nahm. Die neue Jugend ahnte jetzt nicht bloß den Gegenjag zur Welt ihrer Eltern, sie wußte um ihn. In der qualenden Spannung der sich selbst betrachtenden Problematik hat die bürgerliche Jugendbewegung lange Jahre gestanden. Das gilt aber auch für den anderen großen Flügel der deutschen Jugendbewegung, den proletarischen, der anfangs vorherrschend junge Arbeiterbewegung war, eng und ohne besondere jugendliche Eigenart mit der gesamten Arbeiterbewegung verknüpft, bis er nach dem Kriege teils aus sich selbst, teils unter Einfluß der übrigen Jugendbewegung, zu den Lebensformen und dem Lebensgefühl des echt und ganz jugendlichen kam, und dann auch, nur beschleunigter als die bürgerliche Jugend, von unbewußter zu bewußter Jugendliebe und damit auch in die Zonen des grüblerischen Zweifels und der leidenschaftlichen Stellungnahmen geriet.

Daß die deutsche Jugendbewegung in letzter Zeit mehr und mehr Interesse an den Problemen ihrer Umwelt nimmt, daß sich in ihr Latwille regte und begierig nach den Arbeitsfeldern der Erziehung, Kunst und sogar der Politik vorstößt, ist als klares Zeugnis reisender der Mächtigkeits zu buchen. Der Wandel im politischen Leben Deutschlands hat diesen Prozeß des Reifens beschleunigt. Wir sagten, in der Jugendbewegung wäre Volksgeist neu aufgefunden. Nun, dieser Volksgeist ist Vorbedingung politischer Demokratie. Der neue Staat wird erst lebendige Form sein, wenn eine junge Volksgeneration, deren politische Jugenderlebnisse und -ideen nicht im autokratischen Beamtenstaat der Vorkriegszeit liegen, ihn als ihre wesenseigene politische Lebensform spürt. Die Jugendbewegung hat leidenschaftliche Volks- und Staatsgesinnung aus sich entwickelt: in diesem Sinn war sie Anfang für eine politische Kultur der Deutschen, einer Kultur, wie sie England und Frankreich zu ihrem Heil schon längst besitzen. In der Jugendbewegung, und zwar in all ihren Teilen, lebte aber auch das Element sozialer Gesinnung, das in den nächsten Jahren in Deutschland die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen muß. Man darf hervorheben sagen, daß der vom Bürgertum herkommende Teil der Jugendbewegung unter dem Einfluß der Nachkriegsjahre und der Berührung mit dem proletarischen Teil der Jugendbewegung stark in den Bannkreis sozialistischer Ideen gezogen wurde. Die Wirtschaftsideale aller Strömungen in der Jugendbewegung, sowohl der religiösen als auch der politischen, haben sozialistische Färbung.

Wir sehen in der Jugendbewegung auf allen Gebieten nach tätiger Mitarbeit und Mitverantwortung drängen. Was gegenwärtig am meisten ins Auge fällt, ist die Politisierung der Jugendbewegung. Eine gesunde Politisierung! Nicht, daß bloß politische Ideen von ihr ergriffen würden — nein, auch die Weise, wie man das Politische sieht, und die Methoden, mit denen man politische Fragen bedenkt und zur Lösung zu bringen sucht, sind

wesentlich politisch. Wir entdecken im allgemeinen ein gesundes Verständnis für die überwindende Bedeutung der Außenpolitik. Wir merken durchgängig Sachlichkeit und Anständigkeit in den Auseinandersetzungen dieser Jugend. Darauf muß immer wieder hingewiesen werden: wohl ist die Jugendbewegung weltanschaulich und politisch fast ebenso zerrissen wie die alte Generation, aber in ihr lebt das Bewußtsein, ein e m Volk und Staat anzugehören, aus einem gemeinsamen Lebensgefühl zu denken, zu werten und zu handeln. In ihr weckt das Wissen um diese Schicksalsgemeinschaft ein Verhalten im öffentlichen Leben, das echt demokratisch ist. Man muß abwarten, ob die Jugendbewegung in den nächsten Jahren stärkeren Einfluß auf die Tagespolitik gewinnt als bislang. Wohl müssen die Parteiführer des Zentrums heute schon ihre um die „Rhein-Mainische Volkszeitung“ geführte Jugend ebenso beachten wie die Jungsozialisten von der Sozialdemokratie, die Jungdemokraten von der Demokratischen Partei und die Leute vom Jungdeutschen Bund und Jungnationalen Bund rechts beachtet werden, aber in den Parteien durchgesetzt hat sich die junge Generation noch nicht. In den Parlamenten und Parteileitungen sieht man fast nichts von jungem Blut.

Unter der Jugend hat man aber den festen Glauben, daß auch ihr Vormarsch in die Politik nicht aufzuhalten ist. Der junge Saft im Baume unseres Volkstums müsse ja aufsteigen und an jedem Zweige neues Grün hervortreiben.

Wir entnehmen diesen Aufsatz der vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebenen Festschrift zur Dresdener Jugendtagung. Die Schrift, die wir allen Verbandsmitgliedern aufs wärmste empfehlen, ist zum Preise von 1 M. von der Textilspraxis-Berlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin D 4, Memeler Str. 8/9, zu beziehen.

## Wichtiges über den Entlassungsschutz für Schwerbeschädigte.

Ueber den hier zu besprechenden Entlassungsschutz bestehen bei den Schwerbeschädigten selbst sowie bei den Betriebsratsmitgliedern, denen die Fürsorge der Schwerbeschädigten obliegt, verschiedene Unklarheiten. So erscheint es zunächst angebracht, darauf hinzuweisen, daß nach § 3 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 12. Januar 1923 alle diejenigen Personen unter den Begriff „Schwerbeschädigte“ fallen, die infolge einer Dienstbeschädigung oder eines Unfalles um wenigstens 50 Proz. in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind und auf Grund des Reichsversicherungs-Gesetzes, der vorangegangenen Militärverordnungen, der reichsgesetzlichen Unfallversicherung oder einer Reihe anderer verwandter Vorschriften Anspruch auf Pension oder Rente haben.

Im Verhältnis zu anderen Arbeitnehmern genießen die Schwerbeschädigten einen bedeutend weitgehenderen Entlassungsschutz. Die Lösung des eingegangenen Arbeitsverhältnisses kann nur mit Zustimmung der Hauptfürorgestelle rechtswirksam erfolgen. Ist dem Schwerbeschädigten ein angemessener Arbeitsplatz in einem anderen Unternehmen oder sonstwo gesichert, dann ist die Zustimmung ohne weitere Prüfung des Tatbestandes zu erteilen. Sofern durch Gesetz oder Vertrag eine längere Frist nicht vorgeschrieben ist, beträgt die Kündigungsfrist mindestens vier Wochen und beginnt mit dem Tage der Abendung des Antrages auf Zustimmung zu laufen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn bis zum 14. Tage der Zustellung des Antrages von der Hauptfürorgestelle eine Antwort beim Arbeitgeber nicht eingegangen ist.

Für Schwerbeschädigte, die ausdrücklich zur Aushilfe, versuchsweise oder für einen vorübergehenden Zweck eingestellt worden sind, finden die Entlassungsschutzbestimmungen keine Anwendung. Diese Vorschrift verliert jedoch ihre Wirksamkeit, wenn der Arbeitgeber seiner ihm gesetzlich auferlegten Einstellungsfrist nicht genügt hat. Dauert eine der vorgenannten Beschäftigungsarten länger als drei Monate, so entsteht ganz automatisch ein regelrechtes Arbeitsverhältnis, zu dessen Lösung die Zustimmung der Hauptfürorgestelle erforderlich ist.

Der Zustimmung bedarf es nicht bei fristlosen Entlassungen aus einem in § 123 Ziffer 1—8 G.D. aufgezählten Grunde. Es ist jedoch zu beachten, daß die Erkrankung eines Schwerbeschädigten dann keinen Entlassungsgrund im Sinne des § 123 Ziffer 8 G.D. bildet, wenn die Ursache der Krankheit in der Beschäftigung zu suchen ist. Erfolgt die fristlose Entlassung wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung im Sinne des § 123 Ziffer 3 G.D. aus Anlaß eines Streiks, so hat der Schwerbeschädigte unmittelbar nach Beendigung der Kampfmaßnahme Anspruch auf Wiedereinstellung. Die Wiedereinstellungspflicht obliegt dem Arbeitgeber auch dann, wenn sich der Schwerbeschädigte an der Vorbereitung und Durchführung des Streiks in hervorragender Weise beteiligt hat. Das gleiche gilt für wilde Streiks (vgl. Urteil des Landgerichts I Berlin vom 3. März 1924, veröffentlicht in der Kartei des Arbeitsrechts, Karte: „Streik; Wiedereinstellung der Schwerbeschädigten“).

War dem Arbeitgeber bei der Einstellung eines Arbeitnehmers unbekannt, daß es sich um einen Schwerbeschädigten handelt, so haben die Entlassungsschutzbestimmungen trotzdem volle Wirksamkeit. In derartigen Fällen wird man allerdings dem Arbeitgeber das Recht zusprechen müssen, den Arbeitsvertrag nach den allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches wegen Irrtums anzufechten, vorausgesetzt, daß er von der schweren Beschädigung tatsächlich nichts gewußt hat und nicht anzunehmen ist, daß er bei verständiger Würdigung der Sachlage den Schwerbeschädigten nicht eingestellt hätte. Die Anfechtung muß unverzüglich nach Bekanntwerden des Irrtums erfolgen.

Tritt ein Arbeitnehmer erst nach Beginn des Arbeitsverhältnisses in den Personkreis der Schwerbeschädigten ein, etwa weil seine Erwerbsbeschränkung infolge einer Nachuntersuchung auf mindestens 50 Proz. festgelegt wurde, so ist die Anfechtung auch nur dann möglich, wenn dem Arbeitgeber die vorher leichtere Beschädigung unbekannt war.

Da aber der Umfang der in Prozenten ausgedrückten Erwerbsunfähigkeit des einzelnen Schwerbeschädigten infolge der in fast regelmäßigen Zeitabständen stattfindenden Nachuntersuchung dauernden Schwankungen unterliegt, entsteht die wichtige Frage, an welchem Zeitpunkt die Schwerbeschädigteneigenschaft und somit der Entlassungsschutz endet. Nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 12. Januar 1923 genießen Schwerbeschädigte, deren Rente bei erneuter Festsetzung auf weniger als 50 Proz. reduziert wird, den Schutz dieses Gesetzes noch ein Jahr vom Tage der Rechtskraft der Entscheidung. Der Eintritt der Rechtskraft einer solchen Entscheidung kann aber, wie folgende Erläuterung zeigt, verschieden sein. Die Fristen zwischen Zustellung und Rechtskraft eines Rentenbescheides sind in § 90 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungsachen vom 10. Januar 1922 und in den §§ 123, 1590 der Reichsversicherungsordnung geregelt. In § 90 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungsachen heißt es:

„Gegen die Bescheide der Verwaltungsbehörden ist für den Kläger die Berufung an das Versorgungsgericht und gegen die Urteile der Versorgungsgerichte für beide Parteien der Rekurs an das Reichsverwaltungsgericht gegeben.“

Die Rechtsmittelfrist beträgt einen Monat seit der Zustellung der anzufechtenden Entscheidung.“ Ist also beispielsweise einem Schwerbeschädigten durch Bescheid vom 3. März 1925, zugestellt am 7. März 1925, die Rente von 60 auf 40 Proz. reduziert worden, so tritt die Rechtskraft der Entscheidung frühestens am 7. April 1925 ein. Die Entlassungsschutzbestimmungen bleiben daher bis 7. April 1926 in Anwendung. Da aber, wie bereits erwähnt, die Rechtskraft einer Entscheidung durch

Einspruch hinausgezögert werden kann, verlängert sich die sogenannte Schutzfrist entsprechend. Falls in den angezogenen Beispielen rechtzeitig Einspruch erhoben worden ist, und durch Urteil des Verwaltungsgerichts der Einspruch etwa am 1. Oktober 1925 abgewiesen wird, besteht die Beschwerdebefähigung ein Jahr nach Zustellung des Urteils, etwa bis 5. Oktober 1926, rechtmäßig fort.

Nach Ablauf der einjährigen Schutzfrist des § 20 Abs. 2 des Beschwerdebefähigungsgesetzes genießt der frühere Beschwerdebefähigte keinerlei Sonderstellung mehr. Er kann demzufolge wie jeder andere Arbeitnehmer unter Beachtung der allgemeinen Schutzbestimmungen gekündigt werden.

Der in dem Gesetz verankerte Entlassungsschutz kann durch gegenseitige Vereinbarung nicht abgedungen werden.

Berichte aus Fachkreisen.

Chemnitz. Die ordentliche Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes der Verwaltungsstelle Chemnitz fand am Freitag, den 15. Mai 1925, im „Volkshaus“ statt. Den Geschäftsbericht über das erste Quartal 1925 erstattete Kollege Florisch. Derselbe führte aus, daß die allgemeine Geschäftslage in der Textilindustrie im verfloßenen Quartal als zufriedenstellend bezeichnet werden könne. Mit geringen Ausnahmen sei in allen Branchen voll gearbeitet worden. Eine Ausnahme habe nur die Wollindustrie gemacht, die weniger gut beschäftigt gewesen sei. Insbesondere habe man in den Kammingarnspinnereien längere Zeit verkürzt gearbeitet. In der Strickerindustrie sei der Geschäftsgang besonders ungünstig gewesen. Infolge des milden Winters sei die Ware zum Teil in den Lagern geblieben und Nachbestellungen nicht erteilt worden. Die Baumwollindustrie war und sei gegenwärtig noch besonders gut beschäftigt. Auf Monate hinaus liegen zahlreiche Bestellungen vor. Die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie seien gegenüber den anderen Industrien als ungünstig zu bezeichnen. Soweit die Zeitlöhne in Betracht kämen, würden die Textilarbeiter an niedrigerer Stelle. Im Hinblick auf diese Verhältnisse sei von der Verbandsleitung alles versucht worden, um eine Aufbesserung der Löhne durchzusetzen.

Die im 1. Quartal geführte Lohnbewegung habe als Ergebnis einen Schiedspruch gezeitigt, welcher 6 Proz. Lohnhöhung brachte. Leider sei ein erheblicher Teil von Fach- bzw. Akkordarbeitern von dieser Lohnhöhung ausgeschlossen worden. Das Arbeitszeitabkommen, welches für die Textilarbeiter sehr ungünstig war, wurde am 1. April 1925 gekündigt. Durch Schiedspruch vom 23. April ist festgelegt worden, daß grundsätzlich die 48-Stunden-Woche zu gelten habe. Diefelbe kann jedoch zwecks Produktionsförderung und -verbilligung von 48-53 Stunden mit einem Zuschlag festgesetzt werden. Ueber diese Zeit hinaus seien Ueberstunden nicht mehr zu leisten. Sofern sie im einzelnen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart würden, müßte der tarifliche Lohnzuschlag von 25 Proz. gewährt werden.

Hinsichtlich der Mitgliederbewegung sei erfreulicherweise eine Aufwärtsentwicklung festzustellen. Im verfloßenen Quartal haben zirka 220 Sitzungen, Versammlungen und sonstige Veranstaltungen stattgefunden.

Eine Anzahl Differenzen, welche in einzelnen Betrieben ausbrachen, sei unter Mitwirkung der Verbandsleitung beigelegt worden. Bei der Textilarbeiterschaft mache sich die Erkenntnis mehr und mehr geltend, daß dieselbe ohne Organisation gegenüber dem Unternehmertum völlig macht- und hilflos ist. Dies beweise die große Zahl der Mitgliederzugänge in der letzten Geschäftsperiode. Er fordert deshalb die anwesenden Kollegen und Kolleginnen auf, in der nächsten Zeit gemeinsam mit der Verwaltung intensiv für die Stärkung der Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder zu arbeiten.

Den Kassenbericht gab Kollege Mehner, welcher gleichzeitig mit erklärte, daß laut Beschluß des Hauptvorstandes und Beirats ab Ende dieses Monats die 20-Pf.-Beitragsklasse (einschl. Vorkaufschlag 30 Pf.) in Wegfall kommt.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Einmütig wurde von der Versammlung begrüßt, daß diese geringe Beitragsmarke in Fortfall kommen soll. Es wurde beschlossen, daß die Verbandsleitung bereits von jetzt ab derartige Beitragsmarken, besonders an männliche Mitglieder, nicht mehr herausgibt.

Kollege Görner sprach über den Stand unserer Tarifbewegung. Derselbe legte in seinen Ausführungen eingehend die ganze Entwicklung der Tarifbewegung seit Anfang des Jahres dar. Insbesondere gibt er die Stellungnahme des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie bekannt, welcher grundsätzlich jede Lohnhöhung ablehne.

Er weist darauf hin, daß die Löhne der Textilarbeiter gegenüber den Löhnen der anderen Industrien bedeutend niedriger seien und es unsere Aufgabe sein müsse, dieselben zu erreichen.

Im einzelnen begründet er dieses mit der Kaufkraft der gegenwärtigen Reichswährung gegenüber der Friedenszeit.

Im Hinblick darauf habe die Gauleitung eine Anzahl Tarifverträge am 15. d. M. gekündigt, u. a. den Vorbundtarif (Wirkerei, Strickerie, Appretur, Tritotagen), Baumwollglattebetariff, Tarif für das Grimmschauer-Werdauer Tarifgebiet. In soweit noch weitere Tarifverträge aufgekündigt würden, müsse in nächster Zeit von Fall zu Fall entschieden werden.

Er fordert die anwesenden Vertreter auf, innerhalb der Betriebe energische Agitation zu entfalten zur Gewinnung neuer Mitglieder für die Organisation.

Eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen beteiligte sich an der Diskussion, in welcher hauptsächlich über die Ferienfrage und Tarifangelegenheiten gesprochen wurde.

Kollege Florisch gab noch bekannt, daß die Ortsverwaltung beschlossen habe, am Sonntag, den 21. Juni 1925 ein „Sommerfest“ im Garten des „Volkshauses“ zu veranstalten.

Die anregende Versammlung wurde gegen 10 Uhr geschlossen.

M.-Glöckner-Rheydt. Vom Deutschen Textilarbeiterverband war im Juni 1924 an das preußische Handelsministerium eine Beschwerde betreffend „Nachtarbeit weiblicher und jugendlicher Arbeitnehmer“ in der Textilindustrie eingereicht worden. Unter anderem war in der Anlage auch Beschwerde über die Firma August Dithy u. Söhne in Wülfford erhoben. Die Firma verlangte von den Arbeiterinnen, daß über die tariflich vereinbarte und zulässige Arbeitszeit von 54 Stunden die Woche gearbeitet wurde. Ein Teil der Arbeiterinnen war gezwungen, täglich zweimal 8 Stunden ununterbrochen selbst ohne Mittags- und Vesperpause zu arbeiten. Die Arbeiterinnen kamen der Aufforderung nach, Schlagschneidung haben zur damaligen Zeit etwa Mitte 1924 mehr als 100 Arbeiterinnen ohne Genehmigung der Gewerbeaufsichtsbehörde täglich 16 Stunden gearbeitet.

Auf Grund der eingereichten Beschwerde ging dem Deutschen Textilarbeiterverband in bezug auf die Firma August Dithy u. Söhne in Wülfford nachstehender Bescheid zu:

„Die Firma Dithy u. Söhne hat tatsächlich Arbeiterinnen geschwächt beschäftigt; sie ist ernstlich verwahrt und darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei einer weiteren ungesetzlichen Beschäftigung von Arbeiterinnen unnachlässig Bestrafung veranlaßt werden würde.“

Nachstehende Zeilen zeigen nun, in welcher Art und Weise die Firma die Verwarnung des Handelsministeriums aufgefaßt hat.

Im Dezember 1924 war der Deutsche Textilarbeiterverband wiederum gehalten, Beschwerde über die Firma August Dithy betreffend Nichtbeachtung der Bestimmungen des § 9 der Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 und des § 137 Abs. 2 und 3 der Gewerbeordnung beim Gewerbeaufsichtsrat zu erheben.

Im November und Dezember 1924 betrug die tägliche Arbeitszeit für Arbeiterinnen 11 und sogar 12 Stunden pro Tag. Die Arbeitszeit war geregelt von morgens 7 Uhr bis abends 6 1/2 Uhr mit einer halbstündigen Mittags-, aber ohne Kaffeepausen. Die Meister und Angestellten waren gehalten, im Auftrage der Firma

an die Arbeiterinnen heranzutreten bzw. sie aufzufordern, auch die Mittagspause die Maschine laufen zu lassen und abends anstatt bis 6 1/2 Uhr bis 7 Uhr zu arbeiten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat die gesamte Arbeitererschaft des Betriebes, etwa 1200, davon sind mehr als zwei Drittel weibliche Arbeiter, den Anweisungen der Firma Folge gegeben. Hilfe hatte diese Belegschaft auch nicht zu erwarten, sie schien wohl der Meinung zu sein, nachdem der Arbeitgeber auf Grund von Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen aus dem Arbeitgeberverband herausgedrückt worden war, auch ihrerseits keine Organisation zu bedürfen. Eine Arbeiterin mit Namen B., die nebenbei bemerkt, sich sonst äußerst radikal benimmt, war noch ungehalten darüber, daß die Organisation gegen diesen Unfug Schritte unternahm. Sie ging noch weiter, diese überaus laue Arbeiterin, und forderte die Arbeiterinnen auf, doch die von der Firma angelegte Arbeitszeit einzuhalten.

Im Zusammenhang, d. h. unter Beachtung der Verwarnung des Handelsministeriums vom Jahre 1924 und der neu eingereichten Beschwerde vom Dezember 1924, hat nunmehr das hiesige Verwaltungsgericht eingegriffen und die Firma mit der äußerst geringen Summe von 150 Reichsmark bestraft.

Ein Kommentar zu dieser geringen Strafe ist überflüssig. Eine kurze Uebersetzung sagt uns, daß die Firma trotz der Strafe einen bedeutenden Vorteil gehabt und Raubbau an der Arbeitskraft getrieben hat. 1200 Arbeiter arbeiten in nur einer Woche 6 Stunden mehr als äußerst zulässig, die Firma zahlt dafür an Strafe 150 Reichsmark, ergibt für die gesamte nicht zulässige Arbeitszeit pro Arbeiter für die eine Woche 12,5 Pf. Sollen also Strafen wirken, so wird auch gerichtsfest scharfer mit dem Unternehmertum verfahren werden müssen.

Plauen i. V. (Delegiertenversammlung der Filiale Plauen des Deutschen Textilarbeiterverbandes.) Am 9. Mai 1925 fand im Gewerkschaftshaus die Delegiertenversammlung statt, die sehr gut besucht war. Zum ersten Punkt gab Kollege Lohmus einen kurzen Bericht über die wirtschaftliche Entwicklung der Welt in der Nachkriegszeit. Diese Entwicklung hat mit sich gebracht, daß die industriellen Staaten Europas vom Weltmarkt zurückgedrängt wurden, Staaten, die bisher fast ausschließlich auf die Einfuhr angewiesen waren, haben jetzt eine ganz ansehnliche Eigenproduktion aufzuweisen. Diese Erscheinung tritt ganz besonders in der Textilindustrie zutage. Die Ausfuhr von Stapelware tritt für die europäischen Länder immer mehr zurück. Europa ist deshalb gezwungen, um seinen Export zu heben, Qualitätsware zu erzeugen. Redner streifte in seinen Ausführungen die Konzernbildungen in der Textilindustrie, die auf horizontaler und vertikaler Richtung vor sich gehen. Diesen gewaltigen Wirtschaftsorganisationen gegenüber kann sich nur die in den modernen Arbeiterorganisationen vereinigte Arbeiterschaft behaupten. In dem Ringen um eine Neugestaltung der Wirtschaft, die in der Forderung nach der Wirtschaftsdemokratie besteht, fällt den gewerkschaftlichen Organisationen die Hauptaufgabe zu. Dabei sind die Hauptaufgaben der Gewerkschaften gegenüber der Zeit vor dem Kriege ganz erheblich gesteigert worden. Die Durchführungen dieser Forderungen kann nur gelingen, wenn sich die Textilarbeiterschaft auch in der Politik den gebührenden Einfluß verschafft. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß der Geschäftsgang in unserem Filialbereich sich wieder verschlechtert. Mindestens 90 Proz. aller Betriebe der Textilindustrie im Filialbereich arbeiten verkürzt. An Bewegungen hatten wir zu verzeichnen die Lohnbewegung für die mittel- und westfälische Textilindustrie, in der späterhin eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Reichsarbeitsministerium auf Grund des Schiedspruchs vom 14. Februar 1925, wonach 6 Proz. auf die bisherigen Grundlöhne zu zahlen sind, erfolgte. Die Unternehmer haben diese 6 Proz. dem größten Teil der Akkordarbeiter verweigert. Die Angelegenheit ist noch nicht beendet, sie kommt vor das Tariffchiedsgericht. — Für die Spinnerei- und Webereiindustrie, wie auch für die Kongreß- und Madraswebereien sind auf unsere Veranlassung Schiedsprüche erfolgt. Für die ersten Industrien erfolgte eine Erhöhung der Löhne um 7 1/2 Proz., für die letzteren Anerkennung des Schiedspruchs vom 14. Februar 1925. Außerdem erfolgte unsererseits die Kündigung des Mehrarbeitszeitabkommens vom 5. Februar 1924. Das neue Mehrarbeitszeitabkommen brachte infolgedessen eine Verbesserung, daß alle Stunden über 53 Stunden als Ueberarbeit anzusehen und mit 25 Proz. Zuschlag zu bewerten sind. Außerdem können Ueberstunden nur unter der Mitwirkung und Zustimmung des Betriebsrats festgelegt werden.

Was den Mitgliederstand anbetrifft, so hat sich die Filiale konsolidiert. Es geht wieder vorwärts. Diese Entwicklung wird durch die Tatsache charakterisiert, daß wir im letzten Quartal gegenüber dem vorhergehenden rund 4000 Beitragsmarken mehr umgeseht haben.

Aus dem Kassenbericht, erstattet vom Kollegen Hedt, ergab sich, daß die Einnahmen eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Erfreulich sei die ansehnliche Steigerung der Zahl der Beiträge und auch das Bestreben, die höheren Beiträge zu zahlen. Allerdings muß auf dem letzteren Gebiete noch mehr getan werden. Nach dem Revisionsbericht befinden sich Kasse und Bücher in vollster Ordnung.

Während die Berichte von fast allen Anwesenden mit größtem Interesse verfolgt wurden, schienen sie einigen sogenannten „Oppositionellen“ Anlaß zu bieten, dauernde Rippeleien und Gemeinheiten zu begehen. Mit dem Einsetzen der Diskussion erschienen nun diese Helden auf der Bildfläche. Sachlichkeit, gepaart mit Verständnis sind Eigenschaften, die unseren Oppositionellen immer gefehlt haben. Das hat sich in der Versammlung bis zum Ergeß bewiesen. In gemeinsamer Weise wurde gegen die Organisation gewütet. Behauptungen wurden aufgestellt, denen die Lüge an die Stirn geschrieben war. Die alte Walze, wonach die Gewerkschaftsführer Verräter sind, die an allem und jeglichem die Schuld tragen, wurde wieder herabgeleiert. Neben anderen tat sich besonders der Tüllweber Damisch hervor. Er konnte nicht genug über sein Elend und sein geringes Einkommen schimpfen und dabei war er so betrunken, daß er nicht gerade stehen konnte. Mit Recht erhob sich beinahe die ganze Versammlung gegen das Gebaren dieser Gesellschaft. Und als alles nichts nützte, wurden ein paar von den Krakeleern an die frische Luft befördert. Schlimm wäre es bald dem Kollegen Gerber ergangen, der selbst erhob über das Treiben einiger seiner kommunistischer Parteifreunde war und Ruhe schaffen wollte, und dabei bald unter den Schlitzen gekommen wäre. Ja, die Geister, die man rief — — — Einmütig beauftragte die Versammlung die Geschäftsleitung alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Organisation von solchen Elementen zu befreien. Nach der nun erneut einsetzenden, streng sachlichen und lebhaften Aussprache wurde der Geschäftsleitung einstimmig Entlastung erteilt.

Ein Antrag auf Aufhebung des Delegiertensystems wurde, da hierüber nur eine Generalversammlung entscheiden kann, nicht behandelt. Ueber den Verlauf der Gaukonferenz und deren gefaßten Beschlüsse berichtete die Kollegin Frischke.

In erfreulicher Weise hat der Verlauf der Versammlung die feste Entschlossenheit aller Verbandsfunktionäre zum Ausdruck gebracht, alles was sich störend in die Aufwärtsentwicklung der Organisation stellt, rücksichtslos zu beseitigen. Die organisierte Textilarbeiterschaft will den Weg frei zu ihrem Aufstieg.

Kollnau. Am Sonnabend, den 16. Mai, fand hier eine öffentliche Textilarbeiterversammlung für das Elztal statt. Die Versammlung war schlecht besucht und es ist kein Lob für die Textilproleten des Elztals, daß man eine solche unverantwortliche Interesslosigkeit zeigte. Kollege Schrader-Berlin besprach in ausführlicher Weise „Die wirtschaftliche Lage der Textilindustrie“. Seine Ausführungen fanden reichlichen Beifall. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Schlotter, Wehle, Ulrich, Jollenbach und Fahrländer vom christlichen Verband. Kollege Schrader ging nochmals auf die einzelnen Ausführungen näher ein. Wenn man das Organisationsverhältnis von vor zwei oder drei Jahren betrachtet, so war es damals tatsächlich für Funktionäre eine Freude, sich mit gewerkschaft-

lichen Fragen zu befassen, was heute bald schwer fällt. Sollte diese Interesslosigkeit noch weiter um sich greifen, so werde auch die Arbeitererschaft des Elztals der Gefahr entgegenzusehen müssen, daß auch noch die letzte gewerkschaftliche Errungenschaft, welche wir heute noch zu genießen in der Lage sind, und das sind die Ferien, zum Teufel geht. Denn alles das, was uns nicht gefällt, kann man bloß beseitigen, wenn man Mitglied des Verbandes bleibt und mithilft, alle die Mißstände zu beseitigen. Der schlechteste Versammlungsbesuch darf uns nicht abhalten, das Versammlungssystem alle 4 Wochen wieder einzuführen. Denn dort ist der Platz, wo durch Aussprache eine Form gefunden wird, durch welche verlorene frühere Mitglieder wieder dem Verband zugeführt werden. Denn so wie bisher kann und darf es nicht weitergehen, wenn wir Textilproleten nicht voll und ganz unsere Rechte preisgeben wollen. Möge deshalb jeder Kollege und jede Kollegin, welche heute dem Verbands Treue nicht mehr bewahrt haben, umkehren und alles das, was sie abhät und verärgert hat, beiseite stellen und dem Mahnruf Folge leisten dadurch, daß sie wieder Mitglied des Verbandes werden. Dann wird es auch bei uns wieder vorwärts und aufwärts gehen, zum Nutzen der Arbeitererschaft; denn es ist an der Zeit, wenn wir nicht untergehen wollen.

Reichenau i. Sa. Vor kurzem feierte der Kollege Josef Bergmann, Färbereiarbeiter, seine 25jährige Zugehörigkeit zum Deutschen Textilarbeiterverband. Kollege Bergmann ist einer von denjenigen Kollegen, die selbst in den schwersten Zeiten in treuer Pflichterfüllung die Interessen des Verbandes gewahrt haben. Im Auftrage der Mitglieder überreichte ihm der Geschäftsführer, Kollege Häfner, ein kleines Geschenk und die besten Glückwünsche an seinem Ehrentage. Hoffen wir, daß es unserem Jubilar noch lange Jahre möglich ist, in unseren Reihen mitzuwirken. Wir sprechen ihm auch von dieser Stelle aus nochmals unseren besten Dank und die herzlichsten Glückwünsche aus.

Eingegangene Bücher!

Heinrich Cuno. „Politische Kaffeehäuser“, Ganzleinen, geb. 2,30 Mk., Verlag S. H. Dieß Nachf. Berlin. Heinrich Cuno — einer der besten Kenner dieses geschichtlichen Stoffes — hat uns einen ausgezeichneten Beitrag zur Geschichte der großen französischen Revolution geliefert. In seinem Buchlein „Politische Kaffeehäuser“, das den Untertitel führt „Pariser Silhouetten aus der großen französischen Revolution“, gibt er weit mehr, als der interessante Buchtitel ohnehin erwarten läßt. Das ist nicht tote Geschichte, die an Neugierlichkeiten, Daten und Zahlen klebt. Lebendiges Leben und Werden jener aufgewühlten Zeit steigt vor uns auf. Wir fühlen uns mitten hineinversetzt in die debattierenden Gruppen und politischen Klubs von Paris. Nicht das äußere Geschehen der Revolution wird geschildert. Das Buch ist so etwas wie ein Blick hinter die Kulissen der Geschichte. Wir lernen die energische politische Propaganda kennen, die in den berühmten Kaffeehäusern in Paris getrieben wird. Selbst Napoleon Bonaparte hat zu Beginn seiner Laufbahn, um sich hervorzutun, abends im Café Corazza öffentliche Reden gehalten. Die Geschichte der Pariser Kaffeehäuser wird zu einem Stück Geschichte der französischen Revolutionsparteien, und wir können den Weg manches führenden Kopfes der Revolution verfolgen.

Otto Lehmann-Rußbüldt, „Republik Europa“, mit einer Weltkarte, aus der die Einteilung der Welt nach Staatsformen hervorgeht. Verlag: Neue Gesellschaft — Berlin-Hessenwinkel, Preis 1,— Mk., Vereinsausgabe 0,50 Mk.

Grigori Dimitrioff, „Die Tragödie Troski“, mit Zeichnungen und Beiträgen von P. Argelov, A. Balabanoff, D. Bauer, E. Bernstein, Lenin, Nadel, Sinowjew, Stalin, Troski u. a. m. Kartoniert 1,20 Mk., geb. 2,— Mk. E. Raub'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin.

Victor Roat, „Der Weg aus der Wohnungsnot“. Finanzierungsversuche und -möglichkeiten. Verlag: Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin. Preis 0,40 Mk.

„Die Heimarbeit in der Holzindustrie“, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Preis 0,80 Mk.

„Die Heimarbeit in der Eisen- und Metallindustrie“. Verlags-gesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Beide Schriften sind für Verbandsfunktionäre unentbehrlich.

Generalmajor von Schoenaich, „Der Krieg im Jahre 1930“, Verlag der Neuen Gesellschaft G. m. b. H., Berlin-Hessenwinkel, Preis 0,50 Mk.

„Wahnsinn oder Verbrechen“. Am Grabe des Kommunismus nennt sich eine Broschüre, die im Buchhandel der „Volksstimme“ in Tagaburg erschienen ist. Das Buch empfiehlt sich zur Massenverbreitung an Gewerkschaftsfunktionäre. Der Verkaufspreis beträgt 20 Pf. Bei Abnahme größerer Posten beträgt der Preis nur 15 Pf.

Warnung! Auswanderer! Ein Parteigenosse und Gewerkschaftskollege, der am 18. Dezember 1924 in Chemnitz, Restaurant Monopol, von einer Strumpffabrik in Sao Paulo in Brasilien angeworben wurde, warnt vor Auswanderung nach dort. Er schreibt: Ich warne jeden Strumpfwirker, nach Brasilien auszuwandern, hauptsächlich die, welche bei der Firma Trommel u. Co. in Hamburg vorgemerkt sind. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die sozialen Einrichtungen sind außerordentlich schlecht.

Textil-Literatur

- Braß, Praktikum der Färberei und Druderei . . . . . 3,80 Mk.
Gauswindt, Färben der Seide . . . . . 5,00
Lorenzthal, Handbuch der Färberei, 2 Bände, 1921/23 gebunden . . . . . 50,—
Jünter, Kalkulation und Organisation in Färbereien, gebunden . . . . . 2,40
Jünter, Die Färberei, 1922 . . . . . 6,20
Eppendahl, Echtheitsbewegung und der Stand der heutigen Färberei, broschiert . . . . . 1,—
Bottler, Bleich- und Detachiermittel der Neuzeit, 2. Aufl. 1924 . . . . . 10,—

Nach Österreich nur gegen Einsendung des Betrages. Portofrei.

Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H.

Berlin O. 34, Memeler Straße 8-9.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Verwalter, Berlin, Andreasstr. 17.

Mitgliederversammlung

am Montag, den 8. Juni 1925, abends 7 Uhr, bei Nowotnik Berlin, Lange Straße 30.

Tagesordnung: 1. Vortrag (Thema und Vortragender werden in der Versammlung bekanntgegeben.) 2. Kandidaten-Aufstellung zum Gewerkschaftskongreß zu Breslau.

B. A. 1. Wir müssen unbedingt bis zur Versammlung sämtliche Adressen der im Betrieb befindlichen Jugendlichen unter 18 Jahren haben. Es findet Buchkontrolle statt, nicht das Buch vergessen.

Mit Gruß Geschäftsleitung.

Sonntag, den 7. Juni ist der Beitrag für die 24. Woche fällig

Verlag: Carl Hübich in Berlin, Memeler Str. 8/9 — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreßer in Berlin. — Druck: Fortwärtig Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. in Berlin.